

## **Flüchtlingsrat NRW e.V.:** **Flüchtlingspolitische Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2005**

### *1) Werden Sie sich für eine allgemeine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge einsetzen?*

Die FDP-Fraktion im Landtag NRW hat in der Vergangenheit stets auf die für die Betroffenen unglaublich belastende Situation langjährig geduldeter Flüchtlinge hingewiesen und sich für humanitäre Verbesserungen eingesetzt. Die Forderung nach einer allgemeinen Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete und integrierte Flüchtlinge wird von der FDP unterstützt und ist im Programm zur Landtagswahl "Das neue NRW" niedergelegt.

### *2) Werden Sie sich dafür stark machen, dass auch in NRW die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Kettenduldungen tatsächlich abgeschafft werden und die Betroffenen ein Bleiberecht erhalten?*

Die FDP-Fraktion spricht sich nachdrücklich für ein Verfahren aus, das Kettenduldungen vermeidet. Den Betroffenen muss stets die Chance auf die Entwicklung einer wirklichen und positiven Lebensperspektive gegeben werden.

Nach dieser Sichtweise kann der zitierte Erlass aus Rheinland-Pfalz durchaus als positives Beispiel gelten. Die Zumutbarkeit sollte grundsätzlich Teil einer ausländerrechtlichen Regelung sein. Ebenso sollte grundsätzlich die in Deutschland verbrachte Zeit, insbesondere mit Blick auf Integrationserfolge, eine Rolle spielen. Konkrete Maßnahmen zu einer Verbesserung sind zu prüfen. Die FDP teilt Ihre Einschätzung des Handlungsbedarfes für Klarstellungen zugunsten betroffener Personengruppen und wird sich in der kommenden Legislaturperiode für Verbesserungen im Sinne der oben genannten Maxime einsetzen.

### *3) Werden Sie sich für den Fortbestand der zeitlich befristeten Härtefallkommission auf Landesebene engagieren und darüber hinaus Initiativen zur Einrichtung kommunaler Härtefallkommissionen ergreifen?*

Die Härtefallkommission auf Landesebene ist ein unverzichtbares Instrument eines verantwortungsvollen Umgangs mit Flüchtlingen und muss daher unbefristet institutionalisiert und fortgeführt werden.

Dementsprechend ist die Einrichtung von kommunalen Härtefallkommissionen ebenso wichtig und begrüßenswert und wird von der FDP-Fraktion unterstützt. Initiativen für eine Förderung solcher Einrichtungen sind zu prüfen.

### *4) Werden Sie sich für eine Öffnung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes für geduldete Flüchtlinge stark machen und dafür Sorge tragen, dass die seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes weit verbreitete Praxis der Erteilung von Arbeitsverboten für geduldete Flüchtlinge beendet wird?*

Die FDP-Fraktion hat sich in mehreren (parlamentarischen) Initiativen für eine Öffnung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes für geduldete Flüchtlinge eingesetzt. Mit dem Antrag "Duales Ausbildungssystem für junge, geduldete Ausländer öffnen" (Drucksache 13/4161) (siehe Anhang) haben wir uns für die Erteilung einer Aufenthaltsbefugnis für die Dauer einer Berufsausbildung für junge, geduldete Flüchtlinge eingesetzt und diese Forderung neben anderen Aspekten in unserem Antrag "Das Kindeswohl muss Vorrang haben - Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention - Minderjährige Flüchtlinge im Sinne der Kinderrechtskonvention behandeln" (Drucksache 13/6213) (siehe Anhang) erneuert.

Die angesprochene Problematik der restriktiven Praxis der Erteilung von Arbeitsverboten habe ich zum Gegenstand einer Kleinen Anfrage (Drucksache 13/6859) gemacht (siehe Anhänge: Drucksache und Pressemitteilung) und den Innenminister und einzelne Städte zu der Praxis befragt. Die FDP-Fraktion setzt sich grundsätzlich für eine Öffnung des Arbeitsmarktes ein und steht Ihrer Position bezüglich der Abschaffung des §11 BeschVerfV positiv gegenüber.

Ein sehr positives Beispiel zu diesem Komplex ist die von der Diakonie Elberfeld im Rahmen von "Equal" durchgeführte Qualifizierung von Asylbewerbern zu Sprach- und Kulturmittlern. Bei einem Besuch vor Ort und einem Gespräch mit den Studenten konnte ich mir ein Bild von dem gelungenen Projekt machen. Die FDP-Fraktion unterstützt dieses Projekt und setzt sich für die Schaffung eines Berufsbildes "Sprach- und Kulturmittler" und die damit verbundenen rechtlichen Möglichkeiten für ausbildungswillige Flüchtlinge ein.

*5) Werden Sie sich für ein Gesetz zur Legalisierung von Menschen ohne Papiere einsetzen oder zumindest Maßnahmen für die Umsetzung von Mindestnormen für diesen Personenkreis in die Wege leiten?*

Die FDP sieht in Bezug auf sogenannte Illegale eindeutig einen Handlungsbedarf. Entsprechende gesetzgeberische Initiativen sind zu prüfen. Die von Ihnen aufgeführten Mindestnormen sind so schnell wie möglich umzusetzen.

*6) Unterstützen Sie das Landesprogramm "Soziale Beratung und Betreuung von Flüchtlingen" und werden Sie sich für eine verlässliche Finanzierung und ausreichende, flächendeckende und bedarfsgerechte Beratungsstruktur in NRW einsetzen?*

Eine verlässliche, flächendeckende und bedarfsgerechte finanzielle Förderung der Beratungsstellen wird in Anerkennung der unverzichtbaren Arbeit der Flüchtlingsbetreuung selbstverständlich Grundlage unseres Handelns sein. Die FDP-Fraktion wird im Fall der Regierungsverantwortung im Dialog mit den Betroffenen über die Fortsetzung erfolgreicher Programme entscheiden.

Für die FDP-Fraktion im Landtag NRW:

**Dr. Ute Dreckmann, MdL**

**Sprecherin für Arbeit, Soziales und Migrationspolitik der FDP-Landtagsfraktion**